

Gemeinschaftsveranstaltung Balkanologenverband, Staatsbibliothek zu Berlin und SOG

Rede

***Referatsleiter
Helge Tolksdorf***

Anlass
**Podiumsdiskussion
Im Wartezimmer Europas
Westlicher Balkan – zwischen Beitrittsperspektive und Wirtschaftsunion**

am 7. Dezember 2017

Uhrzeit der Rede: 18:00 Uhr

Redezeit: 10 Minuten

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist: Beginn der Rede!

Sehr geehrte Frau Schneider-Kempf,
sehr geehrter Frau Professorin Dr. Schubert,
sehr geehrter Herr Hamann,
Exzellenzen,
lieber Herr Dr. Reljic,
meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Einladung zur heutigen Veranstaltung und die Grußworte haben bereits klar umrissen: Südosteuropa oder der Balkan sind und bleiben von großem Interesse. Und das nicht nur für die Wissenschaft sondern auch für die Politik der Bundesregierung und der Europäischen Union. Für die Wirtschafts- und Außenpolitik möchte ich dabei die strategische Dimension unseres Interesses unterstreichen. Gestatten Sie mir zwei Vorbemerkungen:

Erstens: Ich begehe hoffentlich keinen diplomatischen Faux Pas, wenn ich mit einem englischsprachigen Zitat beginne, dass ich zudem bereits vor einer Woche bei der Veranstaltung zum Westbalkan des Aspen-Institutes zitiert habe. Es ist von der Financial Times und lautet:

„Enlarging the EU has taken a back seat as members grapple with problems closer to home“

Dieses Zitat scheint vor dem Hintergrund der Enlargement Fatigue, dem Brexit und aktuellen geopolitischen und innenpolitischen Herausforderungen sehr aktuell. Es stammt aber aus 1995. Wir wissen, dass neun Jahre später 2004 die größte Erweiterung der EU vollzogen wurde – mit 8 Osteuropäischen Staaten, Malta und Zypern. Aus diesem Rückblick sollten wir Optimismus für die vor uns liegenden Jahre schöpfen – wenngleich am aktuellen Rand die Diskussionen oft auch frustrierend sind.

Zweitens: Gab uns vor Jahren ein Gesprächspartner aus der Region den Rat: setzt uns nicht in den Warteraum – schickt uns und unsere Politiker bitte zum work out. Ich denke, wir haben jetzt eine Mischung – einen Warteraum voller Fitnessgeräte – aber es scheint noch genügend Leser für die bunten Zeitschriften zu geben, die mit den Fitnessgeräten nichts anzufangen wissen.

1. Deutsche Wirtschaftsbeziehungen zur Region

Meine Damen und Herren, Deutschland ist der wichtigste Handelspartner für die meisten Länder in Südosteuropa. In den letzten zehn Jahren haben wir unseren Warenaustausch mit der Region verdoppelt – trotz der Finanzkrise, von der die Region unverschuldet betroffen war.

2016 erreichte unser Warenaustausch mit den CEFTA 2006 –Ländern (also einschließlich Slowenien, Rumänien und Bulgarien) mit 51 Mrd. € das gleiche Handelsvolumen wie Deutschland mit Russland. Für

die Qualität und Intensität der Handelsbeziehungen mit Südosteuropa spricht, dass wir ohne Rohstoffe, Öl und Gas den Handel entwickeln.

Der Handelsbilanzüberschuss Deutschlands gegenüber Südosteuropa ist in diesen 10 Jahren von 10 Mrd. € auf aktuell 3 Mrd. € gesunken. Das heißt, die Exportkraft der Länder der Region wächst, einige erzielen sogar Exportüberschüsse gegenüber Deutschland. In diesem Jahr erwarten wir beim Warenaustausch einen neuen Rekord.

Obwohl das Investitionsklima in der Region aufgrund lange verzögerter Reformen noch verbesserungswürdig ist, zählen deutsche Unternehmen bereits jetzt zu den größten ausländischen Investoren.

2. Kurzer Rückblick: Einkaufsinitiative und Berliner Prozess

Dieser Erfolg kommt nicht von ungefähr: Beide Seiten haben in den letzten Jahrzehnten gemeinsame Anstrengungen unternommen, um die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen zu stärken und Synergien zu generieren. Da ist der Berlin Prozess zu nennen, unter dessen Schirm zahlreiche Projekte angelaufen sind: Im Rahmen der „**Einkaufsinitiative für den westlichen Balkan**“ zeigen sich viele Unternehmen als absolute Erfolgspartner. Die Zulieferer z.B. aus Bosnien und Herzegowina haben bei den bisherigen drei Konferenzen der Einkaufsinitiative zur Geschäftsanbahnung regional am besten abgeschnitten und sind auf großes Interesse deutscher Einkäufer gestoßen.

Die Bundesregierung und die deutsche Wirtschaft haben ebenfalls im Rahmen des Berlin Prozesses die Initiative für einen **Digitalen Gipfel für den Westbalkan** angestoßen. Die Vorbereitungsarbeiten mit dem Regional Cooperation Council und der EU-Kommission gehen gut voran. Wir betonen damit auch, wie wichtig uns verlässliche Zulieferer aus der Region des westlichen Balkan für die Digitalisierung und die Entwicklung der Industrie 4.0 in unserem Land sind.

Unsere Analyse zeigt klar, dass die Länder aus eigener Kraft nicht in der Lage sein werden, den wirtschaftlichen Aufholprozess an den EU-Durchschnitt in überschaubaren Zeiträumen zu bewältigen. Die Folgen der UN-Sanktionen gegenüber dem ehemaligen Jugoslawien und die Reformverweigerung der Funktionseliten haben in den vergangenen fast 30 Jahren trotz permanenter finanzieller Unterstützung und Beratung durch die EU und die internationalen Geber zu einem immensen Rückstand geführt. Nur durch Auslandsinvestitionen und disruptive Technologien werden die Beharrungskräfte und Widerstände überwunden werden können. Mit der Digitalisierungsagenda setzen wir hier gezielt auf die heranwachsende Generation, die sich hoffentlich nicht weiter mit nationalistischem Populismus den Blick in die Zukunft verbauen lässt.

Das dritte Aktionsfeld, das wir als Bundesregierung aktiv bearbeiten, ist die duale Berufsausbildung. Neben vielen Aktivitäten haben wir jetzt in Zagreb, Belgrad und Skopje sogenannte Skills-Experten disloziert, die ganz praktisch Projekte der dualen Berufsbildung voranbringen sollen.

Mit dem Berlinprozess, dem Ausbau der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen und den geschilderten Aktivitäten tragen wir konkret zur weiteren EU-Annäherung der Länder der Region bei.

3. EU-Beitritt

Meine Damen und Herren, Kommissionspräsident Juncker kündigte in seiner „State of the Union“-Rede (am 13.9.) für den 6. Februar 2018 eine Strategie für die 6 Westbalkan-Staaten an. Grundlegende Elemente dieser Strategie werden sein:

- Bekräftigung EU-Perspektive,
- Konditionalität,
- EU-Unterstützung.

Auch BGR sieht den WEB als Schwerpunkt seiner EU-Ratspräsidentschaft. Am 17.05. soll ein EU-Gipfeltreffen mit den WEB 6 stattfinden. 15 Jahre nach dem Rat von Thessaloniki und in Reaktion auf die neue Strategie der EU-Kommission soll mit der Gipfelerklärung die EU-Beitrittsperspektive für den WEB ebenso bekräftigt werden wie die für Beitritte erforderlichen Bedingungen, insbes. im Bereich Rechtsstaatlichkeit.

Aus Sicht der Bundesregierung bleibt die EU-Erweiterung zentrales Anliegen, auch für Stabilisierung und Sicherheit, da der WEB auch von besonderer Bedeutung für Sicherheit und Wohlstand der EU ist. Wir begrüßen daher auch Pläne für WEB-Strategie und Gipfel in Sofia. Ein für nicht verhandelbarer Grundsatz der Erweiterung ist glaubwürdige Konditionalität. Das heißt: weitere Annäherungsschritte nur bei Erfüllung bekannter Bedingungen. Im Fokus bleibt der Rechtsstaatsbereich. Besonders wichtig auch für potenzielle Investoren ist dabei, dass neben den erforderlichen Gesetzgebungsprozessen auch eine verlässliche Implementierung durch die verschiedenen Verwaltungsebenen („track record“) erfolgt.

Hierzu kurze Anmerkung: Bulgarien und Rumänien erfüllen 10 Jahre nach EU-Beitritt noch immer nicht die Kriterien des Überwachungs- und Kontrollmechanismus und auch in Kroatien zeigt der Lackmustest, dass der Binnenmarkt nicht so funktioniert, wie er sollte. Beim Kampf gegen die Korruption braucht es politischen Willen – ohne Fortschritte in diesem Bereich können selbst die größten Freunde der Region weitere Erweiterungsschritte gegenüber der zunehmend kritischen Öffentlichkeit nur schwer vermitteln (EU-KOM braucht die Voten der MS).

Wir begrüßen das Bekenntnis der Kandidaten zur EU mit ihren Werten. Wir sehen den nächsten Länderberichten im April 2018 mit großem Interesse entgegen. Sie sind die Grundlage für alle dann anstehenden Entscheidungen und hoffentlich auch Ansporn für fortgesetzte engagierte Reformanstrengungen!

Weiterhin es gilt: Fortschritte auf der Basis eigener Bemühungen („own merits“), „Qualität vor Tempo“ und: Wenn die Länder liefern, liefert auch EU.

WEB-Strategie/ Sofia-Gipfel: Begrüßen Intention der Strategie und des Gipfels, sowohl EU-Perspektive als auch klare Bedingungen und Fokus auf Rechtsstaatlichkeit zu bekräftigen. Aber, wir sprechen uns klar gegen die Nennung von Daten aus: das würde Reformdruck keineswegs erhöhen.

Berlin-Prozess: wichtiges Instrument zur Unterstützung der Transformation und EU-Annäherung, da politisch und psychologisch wichtiges Signal auch für die Balkan-Öffentlichkeit. Der Prozess liefert mit Konnektivitätsprojekten und dem gemeinsamen Jugendwerk konkrete Resultate für die Bevölkerungen.

Gemeinsam mit den Länderberichten wird EU-KOM Empfehlungen aussprechen, u.a. zur Aufnahme Beitrittsverhandlungen. Hier muss die Bundesregierung Einvernehmen mit dem Bundestag herstellen.

ALB: Beitrittsverhandlungen bei Erfüllung der Bedingungen, also Bekämpfung von Organisierter Kriminalität/ Korruption

MKD: Begrüßen großen Reformwillen der neuen Regierung; konstruktiver Dialog Regierung/Opposition nötig; Obstruktionskurs der Opposition ist nicht akzeptabel.

SRB: Wir begrüßen den Normalisierungsdialog und internen Dialog zu KOS, lehnen Grenzrevisionen ab. Zwei Kapitelöffnungen.

MNE: Umsetzung Rechtsstaatsreformen dringlich. Parlamentsboykott soll beendet werden. Zwei Kapitelöffnungen.

BIH: Reformprozess muss wieder Priorität werden – Fokussierung auf Rechtsstaatlichkeit und Korruptionsbekämpfung notwendig; Vor Parlamentswahlen Wahlrechtsreform dringlich.

KOS: Neue Regierung muss Reformprozesse in Wirtschaft, Justiz, Korruptionsbekämpfung vorantreiben. Fortschritte im Dialog SRB/KOS sind dringend erforderlich. KOS-Unabhängigkeit ist ein Fall sui generis, nicht vergleichbar mit Katalonien.

Die Menschen und die Regierungen der Staaten Südosteuropas können auf Deutschland und die Europäische Union als verlässliche Partner zählen. Wir werden aber natürlich auch kritisch begleiten und kommentieren, wenn dies erforderlich ist. Denn die notwendigen Reformen sind im ureigenen Interesse

der Bürger und können und sollten unabhängig vom Status im EU-Annäherungsprozess von national verantwortlich agierenden Regierungen umgesetzt werden. Hier ist wieder der politische Wille entscheidend. Im Übrigen hat eine aktuelle Studie der Universität St. Gallen deutlich herausgearbeitet, dass die EU-Beitrittsländer von 2004 den entschiedenen politischen Willen zum EU-Beitritt hatten und selbst die treibenden Kräfte in diesem Prozess waren – die Studie sieht da einen Unterschied zum Westbalkan!

Bereits jetzt steht fest, für interessierte Investoren verspricht der eingeschlagene europäische Weg Stabilität und Berechenbarkeit. Viele deutsche Unternehmen berichten positiv von ihrem Engagement in der Region - trotz bestehender Schwierigkeiten.

4. Schluss

Sehr geehrte Damen und Herren, ich bin sehr zuversichtlich, dass die Dynamik des Berliner Prozesses für den westlichen Balkan und die Schaffung eines gemeinsamen Wirtschaftsraums sich positiv auf die Region auswirken werden. Und damit auch für die Menschen. Sie können auch weiterhin mit unserer tatkräftigen Unterstützung rechnen!

Wir werden alles daran setzen, die starke wirtschaftliche Partnerschaft zwischen der deutschen Wirtschaft und ihren Partnern im westlichen Balkan auszubauen. Ich hatte vor kurzem eine Diskussion mit einer Gruppe des deutsch-französischen Jugendwerkes und jungen Albanern. Die zugegeben etwas naive Frage, ob den der EU-Beitritt des Westbalkan den Brexit kompensieren kann, hat mich danach noch weiter beschäftigt. Mit historischer Distanz zum Brexit werden wohl hoffentlich viele Menschen besser verstehen, was der Austritt eines Mitgliedsstaates in unserer komplexen Welt an Verlust bedeuten mag – kulturell, wissenschaftlich, zwischenmenschlich aber auch wirtschaftlich und sicherheitspolitisch. Das birgt aus meiner Sicht aber zugleich auch die Chance auf einen besseren gesellschaftlichen Konsens über die Bereicherung unserer Gemeinschaft durch neue Mitglieder aus dem Westbalkan.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!